

Der Bundestagsabgeordnete Achim Post (64) aus Espelkamp will SPD-Parteivize werden – Wahl des NRW-Landesvorsitzenden am Freitag gilt als sicher

## „Mehr um die wirklichen Probleme kümmern“



DER HEIMISCHE SPD-BUNDESTAGSABGEORDNETE ACHIM POST IST FRAKTIONSVICE, NRW-LANDESVORSITZENDER SEINER PARTEI UND WILL AUCH SPD-PARTEIVIZE WERDEN.

Von Ulrich Windolph und Andreas Schnadwinkel

ESPELKAMP/BERLINWB Der heimische SPD-Bundestagsabgeordnete Achim Post aus Espelkamp (Kreis Minden-Lübbecke) ist der designierte neue stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD. Beim Parteitag an diesem Freitag in Berlin stellt sich der 64-Jährige dem Votum der Delegierten. Seine Wahl gilt als Formsache.

Herr Post, an diesem Freitag wollen Sie beim SPD-Bundesparteitag in Berlin zum stellvertretenden SPD-Bundesvorsitzenden gewählt werden. Was bedeutet Ihnen die Aufgabe persönlich, und was wollen Sie aus dem Posten machen?

**Achim Post** : Darüber entscheiden die Delegierten. Und ich hoffe, dass es klappt. Da bin ich auch recht optimistisch. Wenn mir vor 47 Jahren, als ich in den SPD-Ortsverein Espelkamp eintrat, jemand gesagt hätte, dass ich im Dezember 2023 zum stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt werden könnte, hätte ich ihn gebeten, die Kirche im Dorf zu lassen. Vor dreieinhalb Monaten hat mich die SPD dann in einer Doppelspitze mit Sarah Philipp zu ihrem Landesvorsitzenden gewählt. Aus NRW kommen rund ein Viertel der SPD-Mitglieder. Mit der Wahl zum SPD-Bundesvize geht es mir auch darum, meinen Landesverband im Parteivorstand gut zu vertreten.

Hätte die Wahl für Sie auch etwas Emotionales?

**Post** : Wenn ja, dann würde ich es nicht so zeigen. Schließlich bin ich Ostwestfale. Im Ernst: Es ist ja nicht so, dass die SPD bei 30 oder 35 Prozent liegt und wir mit den aktuellen Umfragewerten zufrieden sind. Ich weiß, worauf ich mich einlasse. Vor uns liegt eine Menge Arbeit. Ich bin fest davon überzeugt, dass sich die größeren Volksparteien um Themen kümmern müssen, die für Millionen Menschen relevant sind: Um eine gute finanzielle Ausstattung der Städte und Gemeinden, um einen funktionierenden Sozialstaat, der gerade jetzt Sicherheit bietet und um eine aktive Wirtschafts- und Industriepolitik. Deutschland ist beim Wachstum Schlusslicht, und Nordrhein-Westfalen steht in Deutschland auf dem drittletzten Platz. Wir brauchen mehr Zukunftsinvestitionen und eine aktive Standortpolitik, um Wettbewerbsnachteile auszugleichen. Hierfür werden wir auf dem Bundesparteitag einen Plan beschließen.

Sind die relevanten Themen bislang zu kurz gekommen?

**Post** : Nein, das will ich damit nicht sagen. Wir haben das Ohr nah an der Bevölkerung, denn die Menschen müssen das Vertrauen haben, dass sich die SPD um ihre Anliegen kümmert. Es geht immer darum, Prioritäten richtig zu setzen. Alles hat seine Berechtigung, aber fragen Sie mal Else Schmidt aus Porta Westfalica und Fritz Müller aus Bielefeld-Brackwede, was ihnen am wichtigsten ist: eine gute Rente, eine gute Schule für die Kinder und eine ordentliche Ausbildung für junge Leute und Urlaub mit Zug, Flugzeug oder Auto. Das, was den Menschen wichtig ist, muss auch der Politik wichtig sein. Darum geht es mir.

Die SPD-Linken haben jetzt 15 Euro Mindestlohn gefordert. Gehen Sie da mit?

**Post** : Ich war entschieden für die Einführung des Mindestlohns und für die Erhöhung auf zwölf Euro. Und bei der Einführung des Mindestlohns war ich auch im Grundsatz für die Kommission, die für die Erhöhung des Mindestlohns verantwortlich ist. Allerdings sind die Mini-Schritte bei der Erhöhung gerade in Zeiten der hohen Inflation zu wenig. Eine angemessene und spürbare Erhöhung des Mindestlohns muss jetzt Gegenstand der politischen Debatte sein.

Muss die Ampel-Koalition die zum 1. Januar 2024 geplante Erhöhung des umstrittenen Bürgergeldes wegen des Sparzwangs nach unten anpassen?

**Post** : Die Berechnungsgrundlagen des Bürgergeldes sind die Daten des Statistischen Bundesamtes, so ist es im Gesetz vereinbart, dem auch die CDU/CSU-Fraktion zugestimmt hat. Der eigene Spielraum bei der Anpassung von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil ist gering. Die Menschen erwarten, dass man sich an das hält, was man beschlossen hat. Das gibt Sicherheit und macht seriöse Politik aus. Ich halte nichts davon, die Regeln während des Spiels zu ändern. Das gilt im Fußball wie in der Politik.

Bekommen Sie einen Haushalt für 2024 noch vor Weihnachten hin?

**Post** : Ich bin dafür, dass wir den Haushalt für 2024 noch in diesem Jahr beschließen. Ich hoffe sehr und gehe davon aus, dass es eine Einigung gibt. Und ich bin dafür, dass auch für 2024 noch einmal die Schuldenbremse zielgerichtet außer Kraft gesetzt wird. Durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes fehlen Mittel für den klimaneutralen Umbau unserer Gesellschaft. Diese müssen wir kompensieren, denn niemand hat gesagt, dass die Gelder keine sinnvollen Investitionen in die Zukunft und Modernisierung unseres Landes sind. Sparhaushalte mit harten Einschnitten und Kürzungen kann niemand wollen. Deutschland aus der Krise zu sparen ist der falsche Weg. Wir sind stark und wir werden keine Probleme haben, unsere Schulden ordentlich zu tilgen.

Mit welcher Begründung wollen Sie die Schuldenbremse auch für 2024 aussetzen?

**Post** : Die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine werden auch noch 2024 zu spüren sein. Auch die Aufbauarbeiten nach der Flut in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz dauern an. Hierfür brauchen wir die notwendigen finanziellen Mittel.

Die SPD-Innenpolitiker kritisieren das geplante Gesetz zur Legalisierung von Cannabis als zu freizügig. Ist der Gesetzentwurf zu grün geworden?

**Post** : Alle Ampel-Parteien haben sich das Ziel gesetzt, den Umgang mit Cannabis anders zu regeln, um damit Polizei und Justiz zu entlasten. Doch gerade hier gilt Gründlichkeit vor Schnelligkeit. Wir nehmen uns die Zeit, die wir brauchen, um offene Fragen zu klären.

In den Stadtregierungen von Berlin und Hannover hat sich die SPD von den Grünen als Koalitionspartner getrennt. In Hessen hat die CDU die Grünen aus der Landesregierung geworfen und die SPD in die Regierung geholt. Wäre es für die SPD auf Bundesebene einfacher, in einer SPD-geführten großen Koalition mit der Union zu regieren?

**Post** : Nein. Ich kann mich noch an die Zeit erinnern, als wir eine große Koalition hatten. Und da gab es in meiner Partei zwei Mitgliederbefragungen, die eindeutig für das Bündnis mit der Union ausgingen, aber trotzdem viele Diskussionen.

Hält die Ampel bis zur nächsten regulären Bundestagswahl Ende September 2025?

**Post** : Ja.

Wie will die SPD wieder Wahlen gewinnen?

**Post** : Wir müssen uns auf die wichtigen Themen konzentrieren, auf Respekt, den sozialen Zusammenhalt und die Modernisierung Deutschlands. Diese drei zentrale Botschaften sind entscheidend. Die Bürgerinnen und Bürger in Ostwestfalen-Lippe und ganz Deutschland erwarten Ergebnisse von der Politik und keinen Streit in Dauerschleife. Deshalb müssen wir in der Ampel auch eine bessere Balance zwischen Konflikt und Konsens finden.

Kanzler Olaf Scholz soll in einer internen Runde gesagt haben: „Wegen der Migration verliere ich die Wahl nicht.“ Muss er noch mehr gegen die unbegrenzte Migration nach Deutschland tun?

**Post** : In der Sache gibt es zwischen Olaf Scholz und den 16 Ministerpräsidenten aus verschiedenen Parteien einen breiten Konsens. Man ist sich einig, wie man mit gewollter Zuwanderung und mit irregulärer Migration umgeht. Diese Einigung ist ein Fortschritt und verdient Unterstützung.

Das klingt nach einem Konsens, der die CDU/CSU-Fraktion und deren Vorsitzenden Friedrich Merz ausschließt, oder?

**Post** : Bei der Ministerpräsidentenkonferenz sitzen die Regierungschefs der Bundesländer am Tisch und nicht der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Ich denke aber nicht, dass Friedrich Merz und seine Fraktion alles für falsch halten, was die CDU-Ministerpräsidenten mit beschlossen haben.

Nächstes Jahr sind drei Landtagswahlen im Osten. In allen Bundesländern liegt die AfD in den Umfragen vorn. Das könnte wieder zu Koalitionen führen, die nur den Sinn haben, eine Regierungsbeteiligung der AfD zu verhindern. Was erwarten Sie vom Wahljahr 2024?

**Post** : 2024 wird ein sehr wichtiges Wahljahr und eine Bewährungsprobe für die Demokratie und die demokratischen Parteien. Es kann nicht das Ziel sein, dass die demokratischen Parteien dabei immer ein Bündnis gegen die AfD bilden müssen. Das ist nicht gut für die Demokratie. Besser für die Demokratie ist es, wenn zwei große Volksparteien – die SPD eher Mitte-Links und die CDU eher Mitte-Rechts – ihre Markenerkerne deutlicher machen, sich in der Sache hart auseinandersetzen und trotzdem kompromissbereit sind.

Die Beliebtheitswerte für den Bundeskanzler sind auf geringem Niveau. Gehen Sie trotzdem davon aus, dass Olaf Scholz bei der nächsten Bundestagswahl wieder als SPD-Spitzenkandidat antritt?

**Post** : Davon gehe ich fest aus. Lassen Sie es mich so sagen: Das Ansehen der Bundesregierung ist derzeit nicht auf dem absoluten Höhepunkt, die Ursachen haben wir hier genannt. Wir müssen noch härter daran arbeiten, Vertrauen zurückzugewinnen, indem wir uns um die wirklichen Probleme der Menschen in diesem Land kümmern. Ich werde alles dafür tun, dass das klappt.

---